

Stellungnahme des VDI Verein Deutscher Ingenieure e.V. zum

Referentenentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit - Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes

Der VDI begrüßt den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Klimaschutzgesetzes. Der Entwurf setzt nicht nur das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr zeitnah um, sondern auch die absehbaren Verschärfungen der neuen Treibhausgasreduktionsziele der EU. Um den internationalen Verpflichtungen Deutschlands zum Klimaschutz nachzukommen, sind die nun im Gesetzentwurf gemachten Ziele unbedingt erforderlich.

Im Detail sieht der VDI die Bedeutung der Emissionsminderung und Verschärfung der Treibhausgasemissionen in der Stromerzeugung als sehr positiv, da hier die Treibhausgase relativ schnell gesenkt werden können und dies die unbedingte Voraussetzung für die Sektorenkopplung darstellt: Elektromobilität und elektrische Wärmepumpen ergeben ebenso wie Wasserstoff und synthetische Treibstoffe aus Klimaschutzgründen nur Sinn, wenn sie „grünen“ Strom nutzen. Auf diese Weise kann insbesondere der Verkehrs- und Raumwärmebereich besser zu den Klimaszutzielen beitragen. Hierbei muss jedoch auch die Energieeffizienz und –suffizienz gesteigert werden durch eine mindestens Verdoppelung der energetischen Sanierungsrate im Altbaubestand und einer Reduzierung der Verkehrsnachfrage durch Digitalisierung, neuen städtebaulichen Konzepten, einer Stärkung des ÖPNV sowie des Schienenverkehrs insgesamt. Als zielführend begrüßt der VDI auch die Berücksichtigung der Klimawirkungen bei Wirtschaftlichkeitsuntersuchung.

Begrüßt wird ebenfalls die Stärkung der Bedeutung des Expertenrats für Klimafragen, wodurch die Erkenntnisse aus der Wissenschaft stärker Berücksichtigung finden. Auch eine verstärkte Beschäftigung mit den Auswirkungen des Sektors LULUCF (Land use, Land use Change & Forest) auf die Erreichung Treibhausgasneutralität und zukünftiger negativer Emissionen ist wichtig.

Der VDI vermisst Aussagen zur Bedeutung und Begrenzung der Methanemissionen, wie sie nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch bei Förderung, Transport und Nutzung von methanhaltigen Gasen wie Erdgas freigesetzt werden.

Die verschärften Klimaschutzziele sind notwendig, aber nicht hinreichend, um eine treibhausgasneutrale Zukunft zu erreichen. Ohne eine entsprechende Ausgestaltung der Gesetzgebung geht es nicht. Hierbei ist eine Erhöhung des Preises für die Emission von Treibhausgasen ein wichtiges Instrument, kann ohne flankierende Instrumente aber nicht effizient und effektiv zum Ziel führen. Die komplexen Herausforderungen der Transformation des Energiesystems erfordern zumindest sektorspezifische Maßnahmen, die aufeinander abgestimmt sein müssen, wie z.B. eine Umlage des EEG auf alle Energieträger, um die Sektorenkopplung zu fördern.

Der Verein Deutscher Ingenieure e.V. steht mit seinen ehrenamtlichen Gremien und rund 140.000 Mitgliedern gerne mit technischer Expertise zur Erreichung des 1,5 °C-Ziels zu Verfügung.